54. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Einzel-Nummer 10 Pfennig.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 523

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.

Mittwoch, 4. November 1925

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Weitere Besprechungen Luthers.

Mit den Vertretern der Demokratischen Partei und der Wirtschaftlichen Vereinigung.

Luther beim Reichspräsidenten.

Voraussichtlich keine Regierungsumbildung vor 20 November.

Die gestrigen Besprechungen des Reichskanzlers Dr. Luther mit den Führern der jetzigen Regierungsparteien haben, wie mitgeteilt, zu dem Ergebnis geführt, daß die im Rumpfkabinett vertretenen Parteien vorläufig die Verantwortung für die Regierungspolitik allein übernehmen wollen. Heute vormittag wurden die Vertreter der Wirtschaftlichen Vereinigung, die Abgeordneten Hampe und Mollath, vom Reichskanzler Dr. Luther empfangen. Die Besprechung, an der auch Reichsaußenminister Dr. Stresemann teilnahm, führte zu dem Ergebnis, daß die Fraktionsführer der Wirtschaftlichen Vereinigung sich dem gestrigen Beschluß der Regierungsparteien anschlossen.

Als Vertreter der Demokraten wurde in den Mittagstunden der Parteiführer, Abgeordneter Koch, vom Reichskanzler empfangen. Dr. Luther teilte dem Abgeordneten Koch das Ergebnis der gestrigen Besprechungen mit den Führern der Volkspartei, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei und seiner heutigen Beratungen mit den Vertretern der Wirtschaftspartei mit. Abgeordneter Koch unterbreitete seinerseits dem Kanzler die gestern vom Parteivorstand gefaßte Entschließung, die wir heute früh veröffentlicht haben.

Dr. Luther begab sich darauf heute mittag gegen 1 Uhr zum Reichspräsidenten v. Hindenburg, um ihn über die so geschaffene Situation zu informieren. Im Laufe des heutigen Tages will der Kanzler die Vertreter der Demokraten, der Sozialdemokraten und der Deutschnationalen noch empfangen, um sie über den augenblicklichen Stand der Bemühung der Reichsregierung um eine Klärung der innerpolitischen Lage zu orientieren. Es ist aber vor dem 20. November nicht damit zu rechnen, daß entscheidende Verhandlungen zwecks einer Umbildung der Regierung geführt werden. Bis dahin hoffen Dr. Luther und Dr. Stresemann auf eine endgültige Klärung der Frage der Rückwirkungen durch die französische und englische Regierung.

*

* **Nicht mehr national-vaterländisch?** Die sogenannten Vereinigten vaterländischen Verbände" kamen gestern zusammen und faßten „unentwegt an ihrer Stellungnahme: Ablehnung des Vertrages von Locarno fest". Ein Vertreter der Deutschen Volkspartei war trotz Einladung nicht erschienen. Die „Deutsche Zeitung" bemerkt dazu: „Diese Partei scheint sich nicht mehr zur national-vaterländischen Bewegung zu bekennen'. Aber vergißt das deutschnationale Organ, daß auch der Reichspräsident v. Hindenburg seiner herzlichen Freude über die einmütige Zustimmung des Kabinetts zum Vertrag von Locarno Ausdruck gegeben hat. Ist auch Hindenburg nicht mehr „nationalvaterländisch?"

Die Deutschnationalen vor dem Umfall?

Ein zweideutiges Spiel.

Den Deutschnationalen ist der Austritt aus der Regierung offenbar schon leid geworden, und sie spähen nach Möglichkeiten, wieder in das Kabinett Luther einzutreten. Den Bericht über die gestrige Besprechung bei Luther überschreibt der „Tag", offenbar erleichtert aufatmend, „Die Regierungsstürzer abgewehrt", und der „Berliner Lokal-Anzeiger" „bedauert", daß man „in der Form zu Unfreundlichkeiten gegen die Deutschnationalen gekommen ist". Die „Deutsche Tageszeitung" behauptet geradezu, daß der Widerstand der Deutschnationalen im Interesse des Werkes von Locarno liege, indem sie erklärt: „Die Regierung und ihre Parteien scheinen sich immer noch nicht darüber klar geworden zu sein, welchen Wert gerade für das Werk von Locarno der Widerstand der Rechten gegen allzu starke Bindungen hat." Und gestern hat vor den Vereinigten Vaterländischen Verbänden, deren Einladung die Volkspartei nicht Folge geleistet hat, der deutschnationale Abgeordnete Cuno erklärt:

„Wenn ich mich geirrt habe und wenn die Loyalität der Gegner wirklich so sichtbar in die Erscheinung tritt, wie Dr. Luther es hofft, so bin ich der Erste, der dazu rät, Locarno zu unterschreiben.

Die Lösung der Krise ist nur auf zwei Wegen möglich: entweder Dr. Luthers Hoffnungen bewahrheiten sich, dann werden wir alle von rechts und links Locarno annehmen. Oder aber diese Hoffnungen treffen nicht ein, dann tritt der Kanzler zurück, und der Reichspräsident muß entscheiden."

Von sichtbaren Rückwirkungen haben alle Parteien die Annahme des Vertrages abhängig gemacht. Dann versteht man also nicht, weshalb die Deutschnationalen ausgetreten sind. Sie verstehen es offenbar selber nicht. Denn während die Regierungsparteien die Vordertür zum Kabinett krachend zuschlagen („die Deutschnationalen haben sich von der weiteren Teilnahme an der Regierung selbst ausgeschlossen"), erscheinen diese schon wieder an der Hintertür und rufen fröhlich: „Hier sind wir!"

(Siehe auch Seite 3.)

Painlevés Kammererfolg.

Stimmenthaltungen. — Die Spaltung der Sozialisten. Die Aussichten der Regierung.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

P. Paris, 4. November.

32 Stimmen! Die Mehrheit für die Regierung ist nicht groß, es ist eine demokratische Mehrheit. Die gesamte Rechte und der größte Teil der Gemäßigten haben gegen Painlevé gestimmt, während sich von den Sozialisten 99 an der Abstimmung nicht beteiligt haben. Auch bei anderen Fraktionen gab es zahlreiche Enthaltungen. Im ganzen haben sich 161 Abgeordnete weder für noch gegen die Regierung ausgesprochen. Die Stimmen, mit denen der Ministerpräsident gestern gesiegt hat, entstanden nur die erste Schlacht, aber nicht den Kampf. Das Ende der Aussprache über die allgemeine Politik hat aber wieder einmal bewiesen, daß alle Prophezeiungen und Kombinationen über den Ausgang französischer Kammerdebatten nur einen theoretischen Wert haben. Die Debatten sind sehr abhängig von der Stimmung der Stunde und von dem Eindruck der Persönlichkeit. Die Stimmung, die vorgestern noch dem Ministerpräsidenten und seinen neuen Mitarbeitern ungünstig war, änderte sich nach der sozialistischen Absage. Die negative Opposition Paul Faures und Compère-Morels hatte die Radikalen verdrossen und die klügsten Köpfe der sozialistischen Partei, wie Blum, Renaudel, Paul-Boncour und Grumbach, verstimmt. Der Austritt Blums, Renaudels und Paul-Boncours aus dem Ausschuß der Parteifraktion beweist, daß nicht nur in den Fugen der Regierung kracht. Die Haltung des linken Flügels der sozialistischen Partei kann sehr leicht zu einer Spaltung führen, die der Bedeutung der sozialisten in Frankreichs gefährlich wird. Die Sozialisten um Faure und Compère-Morel haben den auch heute morgen eine schlechte Presse. „La Nouvelle" spricht höflich und mit Bedauern von den Freunden, die das Kartell verlassen haben". „L'Oeuvre" schlägt schärfere Töne an und richtet an die Sozialisten die ernste Frage, die Theodor Wolff im „Berliner Tageblatt" an die Deutschnationalen gerichtet hat: „Nennt ihr das Politik?" Der Chefredakteur Gustave Téry sagt deutlich heraus, daß bei der Entscheidung des Nationalrates kleinliche Fragen persönlicher Empfindlichkeit mitgewirkt hätten. Die stärkste Gruppe der Provinzdelegierten, die Sozialisten des Nordepartements sind Gegner des Ministers Daniel Vincent, der ein Freund des von den Arbeitern des Norddepartements hassten Poucheur ist. Weil Painlevé durch Daniel Vincent eine Bindung mit Loucheur anzustreben schien, sollte er gehen. Wenn Painlevé gestern nicht gefallen ist, verdankte er diese glückliche Wendung aber nicht nur der veränderten Stimmung in der Kammer, sondern noch mehr der überzeugenden Ehrlichkeit seiner Person. Seine Antwort auf die Interpellationen war keine große staatsmännische Leistung. Sie riß nicht durch Temperament und staatsmännische Weisheit fort, aber sie entwaffnete durch ihre einfache Logik jeden Widerspruch. Als Painlevé sagte: „Sie werfen mir vor, daß ich keine feste Majorität habe — es liegt nur an Ihnen, mir diese Majorität zu geben, auf die ich mich verlassen kann" fand kein Gegner eine Antwort. Er rechnete mit der sozialistischen Opposition ab als er erklärte: „Meine Art ist es nicht, mich einer Verantwortung zu entziehen, die ich übernehmen muß. Diese gewagte Politik kann sich nur eine Partei erlauben; der einzelne gehorcht seinem eigenen Pflichtgefühl." Die ganze Kammer applaudierte und kein Protest kam von den Bänken der äußersten Linken. Es war das allgemeine Empfinden, daß Painlevé es durchaus ehrlich meine, und daß es nicht leicht sein würde, einen anderen Mann zu finden, der die undankbare Last des Amtes in diesen schweren Zeiten mit so bescheidener Resignation übernimmt. Die Parlamentsberichterstatter erwähnen das Urteil eines Führers der Opposition: „Es ist einfach nicht möglich. Painlevé eine Mißbilligung auszudrücken, auch wenn man ihn bekämpft."

Die Eröffnungssitzung der Kammer brachte aber noch eine andere Ueberraschung. Vor den Ferien war man daran gewöhnt, das Palais Bourbon als eine Arena zu betrachten, in der nicht nur Redekämpfe ausgefochten wurden. Oft genug hatte der Berichterstatter von Boxkämpfen und Prügelszenen zu erzählen. Für gestern wurde eine Steigerung dieser Ausbrüche erwartet. Als die Sitzung begann, lag Unruhe in der Luft. Schon nach der Rede Cachins und noch mehr nach den Worten Bérards war es aber zu merken, daß die Ruhe nicht gestört werden würde. Der Kommunist sprach ruhig und höflich, der Mann des Nationalblocks mit löchelnder Bosheit. „Es herrschte," steht im „Petit Parisien", „der gute Ton früherer Zeiten, der schon seit langem ein seltener Gast in diesem Hause geworden ist. Nur selten ertönten Zwischenrufe. Burgfrieden herrschte — bis zur nächsten Gelegenheit." Diese Gelegenheit wird bald eintreten, obwohl nach dem ersten kleinen Erfolg die Hoffnungen für die Dauer der Regierung etwas Leben gewinnen. „Wir haben eine Regierung, die dauern wird, weil sie ein hohes Bewußtsein von ihrer Pflicht besitzt", schreibt „Ere Nouvelle". „Volonté" ist weniger optimistisch. „Die Sozialisten sind in der Opposition, und die Regierung kann sich auf die Dauer nicht gegen diesen geschlossenen Widerstand halten." Diese Beobachtung liegt nahe, aber andere radikale Blätter sind der Meinung, daß der sozialistische Widerstand nicht lange geschlossen bleiben werde. Die nationalistische Opposition ist natürlich der Ueberzeugung, daß die Regierung in der Debatte über die Finanzfrage oder spätestens in der Debatte über Syrien fallen müsse. „L'Avenir" erklärt kategorisch: „Die Krise dauert fort." Das ist vorläufig richtig, aber es kann, falls die Debatte über die Finanzen ruhig verläuft, immerhin auch anders kommen. Denn nicht nur die Sozialisten haben sich gespalten; auch aus der Opposition der Gemäßigten erhält Painlevé Unterstützung.

Persiens Befreiungswerk.

Von

Maximilian Müller-Jabusch.

Durch einen Beschluß des persischen Parlaments ist die Kadscharen-Dynastie des Thrones entsetzt worden. Die Dynastie ist noch nicht sehr alt, denn sie herrscht erst seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, sie ist auch keine nationale Dynastie, denn die Kadscharen sind schiitische Türken, und schließlich hat sie sich selbst des Thrones unwert gezeigt, denn der letzte Schah zog seit Jahren das Amüsierdasein eines Lebemannes in Paris und an der Riviera der Arbeit für sein Volk vor. An seine Stelle wird vermutlich Riza Khan treten, der seit Jahren schon die Stellung eines Diktators in Persien einnimmt.

Dieser Wechsel der Dinge ist ein vorläufiger Schlußstrich unter eine Entwicklung, kein Anfang einer neuen Periode, einer Entwicklung, die Persien aus der tiefsten Ohnmacht zum Bewußtsein der eigenen Kraft geführt hat. Die Kosten dieser Entwicklung trägt England, einen gewissen Vorteil davon hat Rußland, denn auch hier ist ein Schauplatz des erbitterten und zähen Ringens zwischen Rußland und England um die Vormachtstellung in Asien, freilich nur ein Nebenkriegsschauplatz. Und den größten Nutzen von diesem Ringen hat Persien selbst, das seine tatsächliche Selbständigkeit durchgesetzt hat. Der Kampf um Persien datiert ja nicht erst seit der Schaffung der Sowjetmacht. Im Gegenteil, hier begann der Kampf zwischen dem alten Rußland und Großbritannien, das eine Gefährdung Indiens befürchtete, wenn Rußland Persien in seinen Machtbereich eingliederte. Es war eine Etappe auf dem Wege zur Entente, als die beiden Mächte sich 1907 über Persien verständigten und das Land, das ihnen nicht gehörte, in eine russische und englische Einflußzone und ein sozusagen neutrales Gebiet aufteilten. Eine bedeutende Rolle spielten dabei die großen persischen Oelvorkommen.

Dieser Ausgleich zerbrach mit der bolschewistischen Revolution. Vorher freilich hatten beide Parteien keinen Anstand genommen, das Land, das sich bei Kriegsbeginn für neutral erklärt hatte, zu besetzen und zur Operationsbasis für Einfälle in feindliches Gebiet zu machen. Rußlands Zusammenbruch bedeutete für England hier die Gelegenheit, sich des ganzen Landes zu bemächtigen. Eine Entwicklung, deren Einzelheiten hier zu weit führen würden, setzte ein, deren Höhepunkt 1919 erreicht wurde, als der englische Gesandte Sir Percy Cox die persische Regierung zu einem Abkommen zwang, das nicht mehr und nicht weniger bedeutete als die Eingliederung des Landes als Protektorat in das englische Weltreich. Aber dieser Vertrag bildete auch den Beginn des Abstiegs. Persien verweigerte die Ratifikation. Man begreift die nationale Empörung, wenn man weiß, daß England die drei Minister, die das Abkommen bewilligten, mit einer gewaltigen Summe bestach. Aber die Bestechungssumme wurde von der Anleihe, die man Persien großmütig bewilligte, in Abzug gebracht! Die Folge war ein Staatsstreich der persischen Kosaken, der zunächst Zia ud Din an die Macht brachte. Zia ud Din schloß ein Abkommen mit Sowjetrußland, in dem Rußland auf alle seine vom Zarenreich übernommenen Rechte in Nordpersien verzichtete und die persischen Schulden an Rußland annullierte. Das hatte für die Petroleumpolitik weitgehende Folgen. 1916 hatte der damalige Premierminister, eine russische Kreatur, dem Russen Khoschtavia die Oelgewinnung in Nordpersien konzessioniert. Khoschtavia hatte diese Konzession, deren Berechtigung die persische Regierung bestritt, weil sie von dem von den Russen auseinandergejagten Parlament nicht bestätigt war, an eine englische Gesellschaft verkauft. Persien übertrug die Konzession nun der amerikanischen Standard Oil Company, aber auch diese Konzession ist nicht ratifiziert, weil die von Persien verlangte Anleihe nicht zustande kam. Amerikas Interesse an Persien datiert nicht erst seit dieser Konzession. Schon früher hatte Persien den Amerikaner Morgan Shuster als Finanzberater gewonnen, aber England und Rußland hatten dessen Entlassung mit einem Ultimatum erzwungen. Gegen die Uebertragung der Konzession protestierte England sofort, mußte aber merken, daß es mit seinen Ansprüchen nicht mehr durchkam. Das äußere Symbol für die diplomatische Niederlage Englands war die Zurückziehung seiner Truppen aus Persien im Jahre 1921.

Innere Schwierigkeiten zwangen im selben Jahre Zia ud Din zum Rücktritt. Die tatsächliche Macht ging auf Riza Khan, den neuen Kriegsminister über. Dieser neue Kriegsminister ist eine der bemerkenswertesten Persönlichkeiten Mittelasiens. Er ist Kurde und begann seine Laufbahn als gewöhnlicher Kosak. Man erzählt sich von ihm, daß er damals mehr Prügel aushalten konnte als irgendein anderer Soldat. Mag sein, daß seine unerhörte Energie sich damals in solchen Proben äußerte, inzwischen hat er sie in anderen Aufgaben betätigen können. Sein Werk ist es, daß nach der günstigen Wendung der Geschicke Persiens auch die nötigen Kräfte ausgebildet wurden, um das Errungene zu halten und zu erweitern. Er wußte, welches Material in dem verlotterten Heer steckte, und begann dessen Disziplinierung. Alle ausländischen Instruktoren wurden sofort entlassen. Das Heer wurde ein Nationalheer. Die inneren Reformen wurden mit Konsequenz fortgesetzt. Riza Khan räumte mit den Räuberbanden, die ganze Provinzen tyrannisierten, die Teheraner Regierung höhnten und eine große Gefahr bildeten, auf. Seine Energie, seine Zähigkeit und Furchtlosigkeit haben in den letzten Jahren in Persien Reformen durchgesetzt, an deren Möglichkeit vor zehn Jahren niemand geglaubt hätte.

Inzwischen amüsierte sich der Schah in Europa mehr oder weniger königlich. Ihn zu unterschätzen, ging nicht an, denn die moralische Macht der Monarchie war nicht klein. Aber der Schah sorgte selbst dafür, daß dieses Ansehen ruiniert